

Barrierefreiheit im Straßenverkehrsrecht verankern

Sicherheit für alle

> Verena Bentele

Vielen Menschen fallen sie gar nicht auf: die hohen Bordsteinkanten beim Fußgängerüberweg, die Ampeln ohne akustische Signale, die Ausfahrten mit breiten Rillen zwischen dem Kopfsteinpflaster. Was Menschen ohne Beeinträchtigung im wahrsten Sinne des Wortes einfach „übergehen“, wird für Rollstuhlfahrende oder Blinde, aber auch für viele ältere Menschen oft zur großen Hürde und Gefahr im Straßenverkehr.

Wer sich mit offenen Augen durch seine Nachbarschaft bewegt, wird feststellen: Bis zur Barrierefreiheit ist es noch ein weiter Weg. Rund 20 Prozent aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sind darauf angewiesen, doch noch immer gibt es keine einheitlichen Regelungen, die zum barrierefreien Straßenausbau verpflichten. Das muss sich dringend ändern.

Es ist wichtig, dass Barrierefreiheit endlich gesetzlich verankert und im Straßenverkehrsrecht ebenso wichtig wird wie zum Beispiel die Verkehrssicherheit, der Umwelt- und Klimaschutz oder die städtebauliche Entwicklung. Im Moment ist das bundeseinheitliche Gesetz allerdings vor allem auf eins getrimmt: einen flüssigen Verkehr. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel hin zu mehr Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Das sind nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern auch Kinder, Seniorinnen und Senioren sowie Familien mit Kinderwagen.

Der Anteil der Menschen, die von einem barrierefreien Ausbau profitieren, wird angesichts des demografischen Wandels immer weiter steigen. Daher muss

die Verkehrsinfrastruktur heute schon so geplant werden, dass sich wirklich alle sicher im Straßenverkehr bewegen können. Ausreichend breite, gut beleuchtete und ebene Gehwege sind dafür notwendig, außerdem Verkehrsregeln, die die Schwächsten im Straßenverkehr schützen.

Kommunen müssen erweiterte Möglichkeiten bekommen, Tempo 30 auszuweisen und Querungshilfen wie Zebrastreifen und Mittelinseln anzulegen. Auch strengere Parkregeln für Motorräder und E-Scooter sowie konsequenteres Vorgehen gegen Falschparker, die etwa Blindenleitstreifen und den Fünfmeterbereich um Kreuzungen blockieren, müssen her.

Das Thema Straßenverkehr beschäftigt die Politik derzeit gleich auf mehreren Ebenen: Aktuell ist die Bundesregierung dabei, das Straßenverkehrsgesetz und die -ordnung zu reformieren und auch auf Landesebene wird sich des Themas angenommen. Die Politik muss in der derzeitigen Diskussion über die Sicherheit im Straßenverkehr die Barrierefreiheit als unverzichtbares Thema endlich ausreichend berücksichtigen.

> Verena Bentele ist seit 2018 Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland. Von 2014 bis 2018 war sie Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Die frühere Skilangläuferin und Biathletin ist vierfache Weltmeisterin und zwölffache Paralympics-Siegerin.



Foto: VdK